

Natürlich müsste dann auch betrachtet werden, was für Verlagerungseffekte wir dort hätten. Es wäre an dieser Stelle nicht damit getan, sozusagen Fahrzeuge über den Fluss zu bringen, sondern sie müssten dann auch am Ufer weiterfahren.

(Florian Rentsch (FDP): Machbarkeitsstudie!)

Dementsprechend ist klar, dass es auch unter Ihrer Verantwortung immer so gesehen worden ist, dass Hessen sehr genau betrachtet, dass es keine Verlagerungseffekte von der linksrheinischen auf die rechtsrheinische Seite gibt. Das war in der Region übrigens auch immer Konsens, wenn ich das richtig verstanden habe – auch bei denen, die für die Brücke sind.

(Beifall der Abg. Ulrich Caspar (CDU) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen will ich an dieser Stelle sagen, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen sehr klug ist. Er weist darauf hin, dass es im Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises und im Kreistag des Landkreises Mainz-Bingen unterschiedliche Positionen gibt.

(Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Er weist darauf hin, dass es ein Bürgerbegehren auf der anderen Rheinseite gibt, das allerdings noch kein Ergebnis hat, und dass man dieses zunächst abwarten muss. Zweitens weist er nochmals darauf hin, dass auch das von der FDP geführte Verkehrsministerium in Rheinland-Pfalz als Voraussetzung für jedes weitere Vorgehen eine gemeinsame Haltung des Landkreises Mainz-Bingen und des Rheingau-Taunus-Kreises verlangt. Das sehen wir ausdrücklich auch so. Wenn es eine Einigung der beiden Landkreise gäbe und die rheinland-pfälzische Landesregierung dann auf uns zukäme – das ist ein doppelter Konjunktiv –, dann sind wir natürlich auch bereit, in Gespräche einzutreten. Wer wären wir denn, nicht mit den Kollegen aus Mainz über eine solche Frage zu reden, wenn sie an dieser Stelle mit uns reden wollten? Deswegen will ich sagen, dass wir zunächst einmal abwarten sollten.

(Marius Weiß (SPD): „Keinen nachhaltiger Beitrag für eine verbesserte Mobilität“! Ihre Worte!)

Aber ich möchte festhalten, dass mir auffällt – das kann ich niemandem ersparen –, dass, wer sich bei Windrädern um Grundwasser, die Tierwelt und um den Welteinstatus so sehr sorgt, bei Straßenbaumaßnahmen nicht mit einem anderen Maß messen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Ich glaube, dass diese Sensibilität an dieser Stelle bei allen Maßnahmen gilt. Deswegen gilt auch dort immer, dass man das Ende bedenken sollte, Herr Kollege Rock. Deswegen bin ich gespannt darauf, wie die Meinungsbildung auf der anderen Rheinseite weitergeht. Ich bin gespannt darauf, ob es dort eine Mehrheit dafür gibt und, wenn ja, was das am Ende für die rheinland-pfälzische Landesregierung bedeuten würde.

Natürlich bin ich immer bereit dazu, mit dem Kollegen Wissing über alles Mögliche zu reden, was den Verkehr angeht. Wir sind gerade dabei, die Schiersteiner Brücke neu zu bauen. Das ist auch ein Beispiel für einen Brückenschlag zwischen Mainz und Wiesbaden.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sind übrigens auch dabei, uns gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Seite um eine Straßenbahnverbindung zu kümmern – auch das ist ein Brückenschlag, auch das ist etwas, was früher nicht zur Freude der FDP geführt hat, Stichwort: Brückenschlag.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da kann man nicht mit einem SUV drüberfahren, das gefällt der FDP nicht!)

In diesem Sinne glaube ich, dass die Zusammenarbeit zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz sehr, sehr gut ist, und sie wird auch weiterhin gut sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Debatte.

Die beiden Anträge werden an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abg. Lotz, Franz, Gremmels, Löber, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion betreffend Transparenz der FSC-Zertifizierung für den hessischen Staatswald – Drucks. 19/3802 –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 17:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend nachhaltige Forstwirtschaft in Hessen beibehalten – Drucks. 19/4312 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Als Erster hat sich Herr Abg. Heinz Lotz zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Heinz Lotz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen eine FSC-Zertifizierung des Staatswaldes.

Angesichts des Berichts in der „Frankfurter Rundschau“ vom Dezember und auch der Berichte in vielen anderen Medien muss ich mich aber schon fragen, wie viel das Zertifikat eigentlich noch wert ist. Welchen Wert hat das FSC-Siegel für den hessischen Staatswald, wenn in Rumänien, Russland, Afrika und Lateinamerika unter diesem Logo ganze Wälder gerodet werden, Menschenrechte mit Füßen getreten werden und Verletzungen von Arbeitsnormen an der Tagesordnung sind?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie Sie vielleicht wissen, hat die SPD-Fraktion als Einzige in diesem Hause eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Ich verstehe bis heute nicht, warum das Umweltministerium Hessen-Forst die Teilnahme an dieser Anhörung untersagt hat. Frau Ministe-

rin, vielleicht können Sie nachher ein paar Worte dazu sagen. Die Begründung, die wir am 22. März 2016 aus dem Ministerium erhalten haben, kann jedenfalls nicht der wahre Grund für die Untersagung gewesen sein. Die Begründung lautete, ein Sachstandsbericht zur Einführung der FSC-Zertifizierung des Staatswalds werde in den kommenden Monaten erstellt, so lange würden Vertreter des Landesbetriebs nichts zu den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen sagen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Abgesehen davon, dass man sich fragen muss, warum keine Aussagen gemacht werden können, obwohl das Label FSC seit einem Vierteljahrhundert besteht: Wir wissen bis heute nicht, was uns die Zertifizierung pro Hektar Wald in Hessen kostet.

Die Absage der Teilnahme von Hessen-Forst an unserer Anhörung mit der genannten Begründung haben wir kurz vor Ostern 2016 erhalten. Jetzt haben wir Januar 2017. Ist der Sachstandsbericht mittlerweile fertig, oder muss Hessen-Forst immer noch einen Maulkorb tragen?

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion steht dazu: Wir begrüßen eine Zertifizierung der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes. Wir lassen uns auch nicht nachsagen, dass wir nur Wirtschaftswälder in Hessen haben wollten.

Es gibt einige Punkte der Zertifizierung, die ich kurz gesondert ansprechen möchte. Zum einen nenne ich das Prinzip Transparenz. Es tut mir leid, es sagen zu müssen, aber es ist offensichtlich, dass es an diesem Punkt in Hessen knarrt und hakt. Zum anderen nenne ich die Beziehungen zur lokalen Bevölkerung. Als dritten Punkt nenne ich die Arbeitnehmerrechte. Aber anstatt Leute einzustellen, werden bei Hessen-Forst Stellen gestrichen.

(Beifall bei der SPD)

Die bei Hessen-Forst Beschäftigten machen aus unserer Sicht einen guten Job.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aus unserer Sicht mehr Forstleute, um die FSC-Zertifizierung umzusetzen und weiterhin nachhaltig im Wald zu arbeiten. Statt aber einen regionalen Mehrwert zu erzeugen, werden landauf, landab in den Forstämtern oftmals Subunternehmer aus Osteuropa beschäftigt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das müssen wir abstellen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit den Stilllegungsflächen? Bei der Einweihung von „Haus Lärche“ in Weilburg im September letzten Jahres hat in Gegenwart von Ministerpräsident Bouffier der Forstwissenschaftler Prof. Schulze sehr überzeugend dargelegt, dass es keinen sachlichen und fachlichen Grund für die Stilllegung von Waldflächen gibt. Ich denke, darüber müssen wir offen und ehrlich diskutieren. Eine Friss-Vogel-oder-stirb-Mentalität bringt uns jedenfalls nicht weiter.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Heinz Lotz (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Die SPD-Fraktion steht für Naturschutz und für Nachhaltigkeit. Wir wollen eine Zertifizierung – das betone ich noch einmal – des Waldes. Dazu brauchen wir aber das notwendige Personal, keinen Personalabbau. Lassen Sie uns offen und transparent über Wald-Zertifizierungssysteme reden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Herr Kollege Lotz. – Als Nächster spricht Kollege Lenders von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass die SPD-Fraktion das Thema FSC-Zertifizierung aufgegriffen hat.

Wenn man Forstleute, Beschäftigte von Hessen-Forst und private Waldbesitzer im Land fragt, was sie von einer FSC-Zertifizierung halten, schlagen die die Hände über dem Kopf zusammen und fragen zurück, ob in der Politik dieser Landesregierung die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Fachlichkeit spielt bei den Argumenten der Landesregierung in der Regel überhaupt keine Rolle.

FSC als privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen verdient durch die Zertifizierung des Staatswaldes viel Geld. Dabei suggerieren die GRÜNEN, dass der Wald bislang schlecht behandelt worden sei. Meine Damen und Herren, das erleben wir auch an anderer Stelle. Der Kollege Lotz hat die Berichte aus der „Frankfurter Rundschau“ angesprochen. Eine Zertifizierung ist gut und schön. Aber wer zertifiziert eigentlich die Zertifizierer? Wer überprüft die? Wer sorgt bei denen für Transparenz? – Das ist eine Aufgabe des Parlaments, zumindest dann, wenn wir mit der Vorgabe, den Wald nach den Kriterien von FSC zu zertifizieren, den Betrieben – auch dem Landesbetrieb Hessen-Forst – das Leben schwer machen.

Meine Damen und Herren, man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass es schon vor FSC eine Zertifizierung des hessischen Waldes gegeben hat. Wir hatten in Hessen die PEFC-Zertifizierung. Diese stand über Jahre hinweg für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder.

Die CDU-Fraktion hat diese Form der Zertifizierung stets tapfer verteidigt. Sie hat sogar in ihren Wahlkampfveranstaltungen versprochen, dass es mit ihr keine FSC-Zertifizierung geben werde. An dieser Stelle ist die CDU wortbrüchig geworden.

Eine FSC-Zertifizierung bringt auch aus unserer Sicht keine Verbesserungen. Die Landesregierung hat mit den Flächenstilllegungen im Wald, die aufgrund dieser Zertifizierung notwendig werden, den Kostendruck auf Hessen-Forst erhöht. Das hat aber überhaupt nicht dazu geführt, dass auch nur ein Euro mehr an Erlösen generiert werden kann. Gleichzeitig soll Hessen-Forst mehr Geld zum Haushalt des hessischen Umweltministeriums beitragen. Die Kosten zu erhöhen, Erlöse zu verunmöglichen, aber gleichzeitig mehr Geld abzuführen – wie soll das gehen? Das

führt nur dazu, dass der daraus entstehende Konflikt auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Nichts anderes hat Ihnen Kollege Lotz von der SPD-Fraktion gerade vorgeworfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie erhöhen den Druck auf andere Flächen, die intensiver bewirtschaftet werden müssen. Fachlich gesehen, sollte man zumindest eine Diskussion über diese Form der Zertifizierung führen. Ich nenne ein Beispiel, das Naturwaldreservat „Weiherkopf“ im Main-Kinzig-Kreis. In der letzten Sitzung des Umweltausschusses waren alle vertreten, die sich mit dem Thema Forstwirtschaft auseinandersetzen. Wir hörten in dieser Sitzung mit Erstaunen, dass die Biodiversität im bewirtschafteten Wald sogar höher ist als in den naturbelassenen oder stillgelegten Flächen.

Meine Damen und Herren, wir müssen doch zumindest einmal über die Ziele reden, die uns vor allem die GRÜNEN immer verkaufen wollen: Das ist der einzig wahre Weg, wir müssen Flächen stilllegen, und die Bewirtschaftung ist das Böse. – Den Beweis bleiben Sie schuldig. Es kann nicht sein, dass wir Ihnen dann auf einem Weg wie der FSC-Zertifizierung folgen, ohne kritisch zu hinterfragen: Was machen denn diese Zertifizierer überhaupt? Dass es am Ende auf dem Rücken der Beschäftigten des Landes ausgetragen wird, geht nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Schott von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In ihrem Dringlichen Antrag möchte die Regierungskoalition, dass sich der Landtag bei den Beschäftigten von Hessen-Forst bedankt. Für die wichtige und gute Arbeit, die die Menschen vor Ort leisten, bedanken wir uns gerne.

Aber wie sieht der Dank der Regierungskoalition aus? Er besteht aus Nullrunden für Beamtinnen und Beamte, er besteht aus Personalabbau und Arbeitsverdichtung, und er besteht aus einer zunehmenden Ökonomisierung des Waldes. Das ist ein Dankeschön, auf das die Betroffenen gestrost verzichten können.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Schmitt (SPD):
Hört, hört!)

Folgerichtig behandelt das Konzept der Landesregierung „Personalentwicklung Hessen-Forst 2025“ vor allem den Stellenabbau: 40 Stellen im höheren Dienst, 150 Stellen im gehobenen Dienst, 40 Angestelltenstellen und 16 Forstwirtschaftsstellen sind bereits gestrichen oder sollen bis 2025 noch wegfallen. Diese Stellenstreichungen können auch durch die 94 Forstwirtschaftsmeister, die neu eingestellt werden sollen, bei Weitem nicht kompensiert werden.

Das sogenannte Personalentwicklungskonzept ist die Fortsetzung des Stellenabbaus im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ von Roland Koch. Diese hat bereits zu höhe-

rem Arbeitsdruck geführt – und das bei einem stetig steigenden Durchschnittsalter der Beschäftigten.

Es wird zudem nicht genug ausgebildet – und das bei den massiven Personalabgängen, die ab 2017 zu erwarten sind. Ein großer Teil der Forstwirten und -wirte und ein großer Teil der Revierleitungen sind hochgradig unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und gestiegenen Anforderungen eines nachhaltigen Waldbaus kaum noch nachkommen. Das versucht die Hessische Landesregierung zu kaschieren.

Schönfärberei, Lobhudelei und Unterdrückung der Kritik, damit in der dokumentierten Beschlusslage des Landtags die Arbeit von Schwarz-Grün im Glanze erscheinen möge: Das ist der Zweck Ihres Antrags, der ansonsten absolut entbehrlich ist und den wir auch ablehnen werden.

Zustimmen werden wir dem Antrag der SPD.

(Mathias Wagner (Taunus) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Lachen der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, weil wir ihn nicht bewusst missinterpretieren, wie Sie das tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Seit 2009 beantragt unsere Fraktion in jedem Haushalt eine Aufstockung des Personals.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nur mit genügend Personal, das gut ausgebildet und gut entlohnt ist, können die hohen Anforderungen des Waldbaus bewältigt werden. Das wissen die GRÜNEN eigentlich auch, doch jetzt verdrehen sie das Ganze zusammen mit der CDU immer nur in Richtung Effizienzschraube.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann es auch manchmal sein lassen, wenn es für die nicht hilfreich ist! – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Der Naturschutzbund Hessen hat das Land verklagt und darüber hinaus bei der EU-Kommission eine Beschwerde wegen mangelnder Umsetzung der Biodiversitätsrichtlinie eingereicht. Im konkreten Fall ist der NABU der Auffassung, dass im europäischen Naturschutzgebiet „Laubacher Wald“ ein alter, geschlossener und moosreicher Laubbaumbestand durch Holzeinschlag zerstört wurde.

Das hohe Alter der Bäume ist der Grund der Unterschutzstellung gewesen. Hier darf eigentlich überhaupt kein Baum gefällt werden. Was machen Sie denn mit Ihren Siegeln? Sie machen doch ganz andere Dinge als das, was Sie aufs Papier schreiben. Die Realität hat doch nichts mit dem zu tun, was Sie hier als Apostolat vor sich hertragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schützen angeblich den Wald. Sie beuten ihn stattdessen immer stärker aus und erhöhen den Druck auf die dort arbeitenden Menschen. Das Ganze nennen Sie dann „grüne Politik“. Na, danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine Forderung auf Umweltschadenersatz, so der NABU, sei im November 2016 vom Regierungspräsidium Gießen mit der Begründung zurückgewiesen worden, dass die traditionelle Forstwirtschaft grundsätzlich keine Umweltschäden hervorrufen könne. Das finde ich starken Tobak. Die Botschaft lautet hier: Die Erfinder der Nachhaltigkeit können gar nicht anders, als umweltverträglich zu wirtschaften.

Wer aber die Bilder gesehen hat, die der BUND am Runden Tisch „Hessisches Ried“ vorgelegt hat, weiß, dass Hessen-Forst unter dem großen ökonomischen Druck steht und der Holzeinschlag in unter Schutz gestellten Wäldern kein Einzelfall ist. Der Druck zum Holzeinschlag resultiert aus den ökonomischen Vorgaben der Landesregierung. Die Klage zeigt, dass der Schutz von Wäldern in europäischen Schutzgebieten selbst im Staatswald offenbar nicht ausreichend geachtet wird. Für einen wirklich guten, flächendeckend ökologischen Waldbau ist bei Hessen-Forst noch viel Luft nach oben. Das liegt nicht daran, weil die das nicht wollen würden.

Deshalb ist die FSC-Zertifizierung wichtig. Deshalb ist es auch richtig, sie transparent zu machen.

(Zurufe der Abg. Peter Stephan (CDU) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht hier nicht um Abschaffung. Es geht um Transparenz. Lesen Sie den Antrag richtig, und interpretieren Sie ihn nicht falsch.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie der Rede zugehört?)

Ich frage mich, wie das Absenken des vorgeschriebenen Laubholzanteils auf bis zu 50 % – so eine Anweisung des Umweltministeriums – mit einem ökologischen Waldbau und der FSC-Zertifizierung zusammenpassen soll. Statt Buchen und Eichen dürfen Baumarten wie Douglasien gepflanzt werden, die nicht standortheimisch sind. Da passt doch vorne und hinten nichts.

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Auch die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass es bei der Umsetzung des Naturschutzes im Wald offensichtlich Probleme gibt. Auch hier wurde ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Ob Wasserversalzung durch K+S, zu hohe Stickoxidwerte in den Städten, Nitrat im Grundwasser oder mangelnder Naturschutz in den Wäldern:

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Das sind alles Fälle einer deutlichen und dauerhaften Missachtung der Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung. Schafft die grüne Umweltministerin es nicht, Farbe zu bekennen, dann mutiert sie zum grünen Feigenblatt renditeorientierter schwarzer Wirtschaftspolitik. Das müssen Sie sich hier sagen lassen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Peter Stephan (CDU))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Frau Kollegin Schott. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Dr. Arnold von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass der Wald 42 % der Fläche Hessens bedeckt. Er ist ein wertvolles Gut: In unserer Landesbilanz ist er mit rund 2,4 Milliarden € bewertet. In diesem Wald arbeiten sehr viele Menschen, allein im Landesbetrieb Hessen-Forst über 2.500 und in den kommunalen und privaten Betrieben der Holzindustrie etwa noch einmal die gleiche Anzahl.

Ich möchte bewusst voranstellen, dass ich sehr davon überzeugt bin, dass man in einem so bedeutenden Wirtschaftsbereich keine ideologisch bedingten Auseinandersetzungen braucht. Wir sollen stattdessen zur Sachlichkeit zurückkehren.

Herr Kollege Lotz, ich habe mir den SPD-Antrag angeschaut und durchaus festgestellt, dass es wenigstens ein paar Übereinstimmungen gibt. Wir sind uns einig, dass wir weiterhin eine nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft wollen. Wir sehen den Wald als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor an. Er ist für unsere Menschen wichtig zur Erholung, er ist aber auch ein wichtiges Biotop für die Arten, und er ist wichtig für den Umweltschutz.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass wir allen Grund haben, den Beschäftigten von Hessen-Forst, aber auch den Beschäftigten in den kommunalen und den privaten Forstbetrieben für die fachkundige und gute Arbeit bei der Bewirtschaftung dieses Waldes zu danken.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich stelle fest, dass bis zu diesem Punkt Übereinstimmung herrscht und nicht weiter; denn Sie schreiben in Ihrem Antrag – ich zitiere –:

Gleichwohl ist sich der Landtag bewusst, dass moderne Anforderungen an eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung des Waldes und speziell eine FSC-Zertifizierung entsprechend qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl beanspruchen.

So weit richtig. Aber jetzt kommt es. Sie schreiben außerdem:

Deshalb sind weitere Stelleneinsparungen bei Hessen-Forst nicht angemessen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Das verstehe ich nicht. Ich verstehe Folgendes nicht – vielleicht wissen das nicht alle Kolleginnen und Kollegen –: Wir, die forstpolitischen Sprecher, sind zusammen in der Landesbetriebskommission. Sie, ihre Vorgänger und auch die anderen Sprecher der Fraktionen wissen sehr genau, dass Hessen-Forst aus sich heraus ein Konzept entwickelt hat, nämlich das Konzept „Personalentwicklung Hessen-Forst 2025“,

(Marjana Schott (DIE LINKE): Aber mit welchen Vorgaben?)

um damit die Wirtschaftlichkeit, die Effizienz und auch die Qualität der Arbeit sicherzustellen.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Lotz zu?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ja, die lasse ich zu!)

– Bitte schön, Herr Lotz.

Heinz Lotz (SPD):

Herr Kollege Arnold, wir sind in der Tat gemeinsam in der Landesbetriebskommission, Sie wissen aber auch, dass gerade ich in der Diskussion über das Konzept 2025 dem Abbau des Personals immer widersprochen habe.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich kann mich auch an Diskussionen erinnern, wo Sie mit Ihrem Parteikollegen Diefenbach, der damals der Vorsitzende des Hauptpersonalrats von Hessen-Forst war, durchaus sehr darin übereingestimmt haben, dass wir neue Chancen entwickelt haben, beispielsweise für Forstwirte hin zu Forstbetriebsmeistern. Aber das sind Details, über die wollen wir uns nicht streiten.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Doch, genau darüber streiten wir!)

Was ich festhalten möchte, ist: Es gibt für den Landesbetrieb Hessen-Forst und die Mitarbeiter ein gemeinsames Konzept, das dafür sorgt, dass sich Hessen-Forst zukunfts-trächtig entwickelt; die Personaleinsparungen passen also in ein Gesamtkonzept.

Den zweiten Vorwurf, den Sie der Landesregierung in Ihrem Antrag machen, halte ich für abstrus. Sie kritisieren die Landesregierung dafür, „den Weg einer FSC-Zertifizierung intransparent und abseits der Öffentlichkeit zu gehen“. Das ist falsch. Das pure Gegenteil ist der Fall. Wir, CDU und GRÜNE, haben in der Koalitionsvereinbarung klar festgehalten, schrittweise nach den Kriterien des FSC Deutschland zu zertifizieren. Dort steht weiterhin wörtlich:

Dabei werden wir so vorgehen, dass die ökologischen und ökonomischen Ergebnisse bei den Umsetzungsschritten berücksichtigt werden.

Genau so wird es gemacht. Bisher ist die Hälfte der hessischen Forstämter, es sind 21 an der Zahl, in zwei Schritten zertifiziert worden. Frau Ministerin Hinz und viele andere haben sehr genau beschrieben, was dort gemacht wurde, wer das macht und wie das vorangetrieben wird. Jetzt steht die Phase der Evaluierung an: ökonomisch und ökologisch, so wie vereinbart. Bevor weitere Forstämter in die FSC-Zertifizierung gehen sollen, so ist die Vereinbarung der Koalition, werden die Ergebnisse dieser Zertifizierung begutachtet und angemessen berücksichtigt. Das wird in Kürze stattfinden.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Punkt 4 Ihres Antrags geht völlig ins Leere. Frau Ministerin Hinz hat den Pfad der FSC-Zertifizierung klar beschrieben; da bitte ich also um Aufmerksamkeit.

Eines möchte ich auch deutlich sagen: Der hessische Wald ist bei dieser Koalition weiterhin in guten Händen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Arnold. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Feldmayer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte mir nie träumen lassen, dass wir in Hessen einmal zusammen mit der CDU die FSC-Zertifizierung verteidigen müssen gegen LINKE, FDP und SPD. Man muss sich wirklich einmal merken, dass hier so etwas passiert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Jetzt versuche ich einmal, den Nebel durch die ganzen Nebelkerzen, die hier gestreut worden sind, ein bisschen zu lichten, um wieder zu dem eigentlichen Thema zu kommen, nämlich zur FSC-Zertifizierung. Ich glaube, es lohnt sich, wirklich hinzuschauen; denn FSC steht für eine umweltgerechte, sozial verträgliche und ökonomisch tragfähige Nutzung des Waldes. Davon lassen wir uns nicht abbringen, trotz der wiederholten Diffamierungen, mit welchen die SPD immer wieder versucht, gegen die FSC-Zertifizierung vorzugehen. So haben Sie es auch hier wieder versucht, Herr Lotz. Die Naturschutzverbände haben eine entsprechende Pressemitteilung zu dieser wiederholten Diffamierung, die Sie gebracht haben, auf den Weg gegeben. Vorhin sagten Sie noch – –

(Zuruf des Abg. Heinz Lotz (SPD))

– Ja, wahrscheinlich wird mir jetzt wieder unterstellt werden, dass wir gegen FSC seien. Man konnte wirklich nicht erahnen, wofür Sie wirklich sind. Sind Sie dafür oder dagegen? – Ich hatte den Eindruck, dass Sie überhaupt nicht verstanden haben, um was es bei der FSC-Zertifizierung geht, Herr Lotz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Das FSC-Zertifikat erfreut sich eines großen Bekanntheitsgrads und wird von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern nachgefragt. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag die schrittweise Zertifizierung des hessischen Staatswaldes beschlossen. Die Hälfte ist bereits zertifiziert; viele Kommunen folgen dem mit ihrem Kommunalwald. Kommunalwälder werden FSC-zertifiziert – auch große Kommunalwälder wie in Frankfurt. Das ist überhaupt kein Problem bei der Bewirtschaftung, genauso wenig, wie das beim hessischen Staatswald irgendein Problem ist. Weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut sind, ist das doch Routine. Selbst der Leiter unseres Staatsforsts sagte: Das kann-

ten wir problemlos einführen und umsetzen. Das ist mittlerweile Routine. – Also hören Sie doch bitte auf, hier so einen Popanz um dieses Siegel zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Privatwald- und Kommunalwaldbesitzer von der Hessischen Landesregierung eine Förderung bekommen, wenn sie sich zertifizieren lassen: Eine bis zu 80-prozentige Förderung ist da möglich. Ich glaube, das ist auch eine gute Nachricht für all diejenigen, die sich auf den Weg machen wollen, ihren Wald naturverträglich zu bewirtschaften. Es ist mir völlig unverständlich, was die SPD hier aufführt. 2008 hatten Sie noch in Ihrem Wahlprogramm stehen, dass Sie eine FSC-Zertifizierung des Waldes wollen.

Jetzt haben wir das Jahr 2017; und das ist erprobt. In fast allen Bundesländern, wo die SPD mit an der Regierung ist, wird der Staatswald nach FSC zertifiziert. Wir haben das in unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag gehabt. Sie hatten zu diesem Thema Pressemitteilungen. Nur deshalb, weil die GRÜNEN jetzt an der Regierung sind und wir eine Ministerin haben, die für dieses Thema zuständig ist, machen Sie hier so einen Aufstand und erliegen diesen ganzen Reflexen. Es ist doch wirklich komplett durchsichtig, welches Spiel Sie hier treiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der SPD)

Das ist wirklich billig; es kommt auch in den Pressemitteilungen der Naturschutzverbände klar rüber, dass es hier nur um billige Oppositionsrhetorik geht und um nichts anderes. Wenn es Ihnen bei Hessen-Forst tatsächlich um die Beschäftigten, um die Menschen, die im Wald tagtäglich ihre Arbeit verrichten, also um die Waldarbeiter, gehen würde, dann müssten Sie sagen: Ja, wir wollen FSC; führt es noch schneller ein. – Dann würden Sie dies nicht behindern, wie Sie es mit Ihrem Antrag versuchen. Denn Sie wissen ganz genau: FSC steht nicht nur für eine ökologische Waldbewirtschaftung; es steht auch für soziale Standards. Es steht auch für eine vernünftige wirtschaftliche Nutzung des Waldes. Es geht um Sozialstandards. Es geht um Tarifverhandlungen; es geht um den Gesundheitsschutz. Warum sind denn die IG BAU und die IG Metall dabei? Warum haben sie die Gründung von FSC wohl unterstützt? – Genau, weil es um Sozialstandards geht. Wir wollen hohe ökologische und soziale Standards für unseren Wald haben. Deswegen finden wir FSC gut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss mich wirklich auch über DIE LINKE wundern. Vielleicht haben Sie den Antrag nicht gründlich gelesen. Das kann ja möglich sein. Frau Schott ist gerade nicht da.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Lesen können wir noch!)

Aber was Sie da gerade mit beschließen, heißt: Die FSC-Zertifizierung wird ausgesetzt. – Auch ich muss Sie daran erinnern, was FSC bedeutet: nämlich Sozialstandards hochzuhalten. Das ist doch das, was Sie immer predigen und wollen. Warum wollen Sie denn hier, dass dies ausgesetzt wird? Das frage ich mich wirklich.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Lesen Sie dies also noch einmal gründlich nach, überlegen Sie sich, ob Sie mit der FDP und der SPD gemeinsame Sache machen wollen gegen diese sinnvolle Zertifizierung unseres Waldes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssten zum Ende Ihrer Rede kommen.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Vielleicht noch einen Satz zum Thema Transparenz: Nichts ist so transparent wie die Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC. Jeder Bürger kann dort eine Eingabe machen. Jeder kann sich den Zertifizierungsprozess anschauen. Also auch damit haben Sie die FSC-Zertifizierung wieder diskreditiert, statt einfach einmal zu schauen, was dies ist und was es bedeutet. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben das leider nicht verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatsministerin Hinz. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Über manche Argumente der Opposition habe auch ich mich wieder ziemlich gewundert. Wenn man so einen Antrag stellt, wie es die SPD getan hat, in eine Debatte geht und mit Vorhaltungen und Vorwürfen kommt, sollte man sich vorher wenigstens genau darüber informieren, was alles im Umfeld dessen geschehen ist, wozu man einen Antrag gestellt hat. Also: Die FSC-Zertifizierung ist eine der ökologischsten Zertifizierungen, die weltweit zu haben ist. Das will ich doch festhalten.

Hessen steht dabei nicht alleine. Acht Bundesländer haben ihren Landeswald FSC-zertifiziert, drei Länder zu großen Teilen. Hessen ist dabei, zu zertifizieren. In Hessen selbst haben bereits 27 Kommunen zertifiziert, davon zwei große, Wiesbaden und Frankfurt.

Dort war die SPD auch an den Entscheidungen beteiligt. Es wundert mich, dass die SPD es mit FSC jetzt als so schwierig betrachtet. Damit komme ich zu der Frage, wie die Zertifizierung eigentlich öffentlich debattiert wird und wie Ergebnisse öffentlich kommuniziert werden.

In Hessen ist das Forstamt Dieburg als Pilotprojekt in der Nachhaltigkeitsstrategie ausgewählt und zertifiziert worden. Es gibt einen Bericht über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen. Dieser Bericht ist allen zugänglich, auch den Fraktionen. Sie haben ihn sogar zugestellt bekommen. Vielleicht sollten Sie ihn einmal nachlesen, bevor Sie erklären, es werde alles intransparent hinter verschlossenen Türen vorgenommen, und nachfragen, warum eigentlich keiner der Abgeordneten Bescheid weiß. Lesen Sie also bitte erst einmal den Bericht. Dann haben Sie viel-

leicht auch eine andere Anschauung über die Frage, wie die Zertifizierung läuft.

Weiter zu dem Thema Öffentlichkeit. Kein anderer Prozess der Zertifizierung eines Waldes ist so transparent wie die FSC-Zertifizierung. Bevor sie erfolgt, können alle Beteiligten in dem Bereich des Fortsamtes, in dem sie vorgenommen werden soll, ihre Einwendungen und Eingaben an den Zertifizierer einreichen, wie sie sich ihren Wald von morgen vorstellen. Das alles wird bewertet und wird entweder begründet verworfen oder in den Endbericht zur Zertifizierung aufgenommen. Jeder Endbericht ist im Internet nachzulesen, unter dem Link: <http://www.fsc-deutschland.de/de-de/wald/auditberichte-finden>. Dort können Sie zu jedem der hessischen Forstamtsbezirke nachlesen, welche Einwendungen und Eingaben eingebracht worden sind, was warum aufgenommen wurde und was nicht.

Das können Sie alles nachlesen. Herr Lotz, öffentlicher geht es eigentlich nicht. Deswegen wundert es mich doch sehr, wenn Sie hier mit Inbrunst an Überzeugung vortragen, es sei alles völlig intransparent und überhaupt einer Veröffentlichung nicht zugänglich.

Zum Weiteren. Kollege Arnold hat bereits den Koalitionsvertrag zitiert. Wir sind gerade dabei, das Evaluierungsgutachten von einem externen Gutachter erstellen zu lassen. Wir haben uns für einen externen Gutachter entschieden, damit es erst gar nicht in den Geruch kommt, dass wir geschönte Ergebnisse haben wollen. Im ersten Quartal dieses Jahres wird das Gutachten vorliegen. Dann wird es natürlich diskutiert und bewertet, und wir werden unsere Schlussfolgerungen für den weiteren Zertifizierungsprozess daraus ziehen.

Hessen-Forst. Die Forstamtsleiter von Hessen-Forst hatte ich im letzten Jahr dreimal zu gemeinsamen Treffen eingeladen. Alle haben mir bestätigt, dass es für sie überhaupt kein Problem ist, die FSC-Zertifizierung durchzuführen und anschließend danach zu arbeiten. Sie seien gut, und ihnen müsse keiner vorhalten, dass sie das nicht könnten. Aus diesem Grund stelle ich mich jetzt vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Entgegen dem, was Sie erzählen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das machen, weil sie qualifiziert sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Ministerin, ich muss Sie an die Redezeit der Fraktionen erinnern.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja. – Das Personalkonzept zu Hessen-Forst ist deshalb gemacht worden, um die Nachwuchssicherung für Hessen-Forst zu gewährleisten. Wir haben einen Einstellungskorridor. Das Ganze ist in Übereinstimmung mit dem Hauptpersonalrat erarbeitet und von ihm unterschrieben worden. 2014 hat er dafür den Deutschen Personalräte-Preis in Bronze gewonnen. Auch von daher kann ich Entwarnung geben, auch für die SPD.

Wir sind weiter gut auf dem Weg, sowohl für den Wald als auch für Hessen-Forst einen wegweisenden Zukunftspfad zu beschreiben. Ich würde mich sehr freuen, wenn mehr

Fraktionen uns auf diesem Weg folgen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin Hinz. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Debatte.

Es wurde vereinbart, dass die beiden Anträge an den Umweltausschuss überwiesen werden. – Dann machen wir das so.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Grundsteuerbremse einführen – Drucks. 19/3841 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Ich sehe, Kollege Hahn ist schon unterwegs. Herr Kollege Hahn, Sie haben das Wort.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mieter und Eigentümer haben in den vergangenen Jahren enorme Steigerungen bei den Nebenkosten hinnehmen müssen. Während in Sonntagsreden jeder von uns bezahlbares Wohnen anmahnt, haben die Erlasse des Innenministers und die Anhebung der Nivellierungsschritte im Kommunalen Finanzausgleich in Hessen eine Erhöhungsspirale der Grundsteuer in Gang gesetzt.

Der Landesdurchschnitt der Grundsteuer B hat sich dabei von unter 300 Punkten im Jahr 2012 auf mehr als 400 Punkte im Jahr 2016 erhöht. Allein im Jahr 2015 erhöhten 78 Städte und Gemeinden in unserem schönen Hessenland die Grundsteuer B um mindestens 100 Punkte.

Eine Abfrage des Bundes der Steuerzahler hat ergeben, dass in diesem Jahr 58 weitere Städte eine Anhebung der Grundsteuer planen. Darunter sind 20 Städte, die mit mehr als 20.000 Einwohnern belegt sind.

(René Rock (FDP): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich trage Ihnen das vor, um Ihnen deutlich zu machen, dass es nicht richtig sein kann, dass wir uns bedienen und die Kommunen auffordern, sich an dem Portemonnaie der Mieterinnen und Mieter und der Eigentümerinnen und Eigentümer von Häusern zu bedienen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss es, wie überall im Leben, eine Grenze geben.

(Beifall bei der FDP)

Genau diese Grenze mahnen wir an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich sind nur wenige von Ihnen so tief in die gesetzlichen Normen eingestiegen. Ich darf Ihnen sagen, dass uns der Bundesgesetzgeber eindeutig in § 26 Grundsteuergesetz eine Entscheidungsgrundlage gegeben hat. Wir haben als Land Hessen die Ermächtigung, eine solche Bremse einzuführen. Es möge bitte keiner kommen und sagen: Das geht nicht. – Ja, es geht, man muss es nur wollen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Mieterinnen und Mieter und die Eigentümer von Grundstücken nicht weiter